

KURZ UND PRÄGNANT

Rechtssichere und praxistaugliche Dienst-anweisung notwendig

Zur Information des Innenministeriums über die Zwischenergebnisse der Untersuchung zu den Telefonaufzeichnungen bei der Thüringer Polizei sagte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion:

„Wie Ministerialdirektor Dr. Wolfgang Schmitt-Wellbrock darlegte, gab es tatsächlich unzulässige permanente Telefonaufzeichnungen. Die Zahl von Telefonapparaten, bei denen rechtlich unzulässig mitgeschnitten wurde, stellt sich als kleiner als bisher angenommen dar. So werden 13 Polizeitelefone beziffert, bei denen permanent mitgeschnitten wurde, auch wenn beispielsweise Bürger um Auskunft ersuchten. Bei den vom Grundsatz her rechtlich nicht zu beanstandenden Aufzeichnungen an den übrigen Telefonapparaten mit Aufzeichnungsfunktion seien aber auch Telefonate geführt worden, bei denen kein Rechtsgrund für eine Aufzeichnung vorlag. Da die mehr als 170.000 bei der Polizei in 180 Tagen gespeicherten Gespräche auch aus rechtlichen Gründen nicht untersucht werden konnten, kann nachträglich nicht bestimmt werden, in welchem Umfang Aufzeichnungen rechtswidrig erfolgten. Der Sonderermittler hält einen Missbrauch für abstrakt möglich, fand bei seinen Befragungen in der Polizei aber keine Anhaltspunkte dafür.“

Die Linksfraktion bedankt sich bei dem von Innenminister Holger Poppenhäger rasch eingesetzten Sonderermittler Schmitt-Wellbrock für dessen Arbeit im Rahmen der Untersuchung. Nach der im Frühjahr 2017 geplanten Vorlage des Abschlussberichtes samt seiner Empfehlungen können die Ergebnisse abschließend bewertet werden. Zur Software „Device Watch“ wurde dargelegt, dass diese durch eine externe Firma überprüft wurde. Das Programm sei grundsätzlich in der Lage, Mitarbeiterverhalten auszulesen, entsprechende Module seien jedoch bei der Polizei nicht aktiviert worden, auch ausweislich der Protokolle habe man keine rechtswidrigen Aktivitäten festgestellt.

„Wichtig für uns ist, dass die inzwischen außer Kraft gesetzte Dienst-anweisung zu Telefonaufzeichnungen, der ebenfalls Mängel attestiert werden, künftig durch eine überarbeitete datenschutzrechtlich korrekte Anweisung ersetzt wird, um auch Polizisten bei eingehenden Notrufen Handlungs-sicherheit zu geben und das Vertrauensverhältnis von Bürgern zur Polizei aber auch innerhalb der Polizei zu stärken“, so der Abgeordnete. ■

Eisenacher Wohnungstour

Ute Lukasch und Kati Engel waren mit Eisenacher LINKEN bei AWG und SWG

Im Dezember waren Vertreter der Eisenacher LINKEN und ihrer Stadtratsfraktion sowie die für den Wahlkreis zuständige Landtagsabgeordnete Kati Engel zusammen mit der wohnungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion, Ute Lukasch, in der Stadt unterwegs, um mehr über den Wohnungsbau und die Wohnsituation in und um Eisenach in Erfahrung zu bringen.

Sie kamen sowohl mit der Geschäftsleitung der Wohnungsgenossenschaft als auch mit der kommunalen Wohnungsgesellschaft ins Gespräch, um schlussendlich ihre Erfahrungen mit den Mitgliedern der Stadtratsfraktion auszuwerten und zu diskutieren. „Es war spannend, die Vor- und Nachteile beider Unternehmensformen einmal so direkt gegenüberzustellen und zu beleuchten“, resümierte Kati Engel die Gespräche.

Die AWG, Allgemeine Wohnungsbau-genossenschaft Eisenach eG, blickt auf ein über 60jähriges Bestehen zurück. In den 50er Jahren begannen die Gründungsmitglieder als AWG des Automobilwerkes Eisenach mit dem Bau von Reihenhäusern. Zunächst ging es nur darum, in der entbehrungsreichen Nachkriegszeit ein Dach über dem Kopf zu schaffen. Diesem bescheidenen Wunsch der Gründerjahre folgte sehr schnell der Ruf nach einem immer attraktiveren aber auch preiswertem Wohnen. Derzeit gehören 2.803 Wohnungen in Eisenach, Creuzburg, Ifta und Mihla zum genossenschaftlichen Bestand sowie zehn Einheiten, die zu gewerblichen Zwecken genutzt werden. „In den letzten Jahren haben wir

gemerkt, dass die Wohnungsverwaltung immer fachspezifischer wurde“, erklärte der Geschäftsführer Jürgen Klippstein. „Wir haben daher größere Einheiten geschaffen, die auch durch die AWG betreut werden. So erledigen wir zum Beispiel auch die kaufmännische Verwaltung der WBG Bad Berka.“

Ziel ist es aber auch, den Mitgliedern

wohl die Wohnungsgenossenschaften als auch wir wünschen uns noch mehr Nutzung des Mitspracherechtes der Mitglieder, damit sie über die Höhe der Miete sowie über anstehende Investitionen und Modernisierungen selbst entscheiden können“, so die Abgeordnete Kati Engel. „Die Geschäftsprozesse und Geldströme der Genossen-

schaften werden gegenüber ihren Mitgliedern vollständig offengelegt und sollten mehr hinterfragt werden.“

842.000 Euro Gewinn werden an die Stadt abgeführt

Dagegen wurde die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWG) Eisenach 1991 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Sie errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Gegenstand des Unternehmens ist die Wohnungsverwaltung für breite Schichten der Bevölkerung. Die SWG kann außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen und



mehr als ein schönes Wohnen zu bieten. So organisiert der Genossenschaftsbeirat zum Beispiel Wanderungen, Betriebsbesichtigungen, Computerkurse oder Sportgruppen. „Natürlich unterstützen wir als LINKE die demokratischste Form des Wohnens. So

auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Im Gegensatz zur AWG steht die SWG unter einem höheren wirtschaftlichen Druck.

„Wir haben mit Eisenach vereinbart, jährlich 842.000 Euro Gewinn an die Stadt abzuführen“, erläuterte der Geschäftsführer Wilhelm G. Wagner. „Genau hier liegt der Vorteil eines kommunalen Unternehmens. Die Stadt generiert nicht nur Mieteinnahmen, sie sammelt auch wieder etwas von dem ein, was sie jedes Jahr für die Kosten der Unterkunft (KdU) ausgibt“, erläuterte die Wohnungspolitikerin Ute Lukasch. „Die Kommunen erhalten hierdurch wieder Handlungsspielräume: Wohnungssuchende, von Wohnungslosigkeit Bedrohte, Schutzsuchende bei häuslicher Gewalt oder einfach ‘Neu-Eisenacher’ finden bezahlbaren und angemessenen Wohnraum. Zudem weist ein potenter kommunaler Wohnungsanbieter mit einem umfassenden und bezahlbaren Wohnungsangebot die privaten ‘Mietvorstellungen’ wieder in die Schranken.“

Am Ende des Tages waren sich alle Beteiligten einig, dass sowohl der öffentliche als auch der genossenschaftliche Wohnungsbau mehr gefördert werden müssen sowie auch die ökologisch-energetische Sanierung bestehender Wohnungen. „Es ist schön zu sehen, dass es in Eisenach beiden Unternehmensmodellen so gut geht und sie ihren Platz in der Stadt gefunden haben, das ist bei weitem nicht immer so“, fasste Ute Lukasch ihre Eindrücke des Tages zusammen.

„120-Jahr-Feier“ in der Linksfraktion



Barbara Glaß, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, und André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion, hatten zur „120-Jahrfeier“ eingeladen. Barbara hatte Ende vergangenen Jahres ihren 60. Geburtstag, André jetzt zu Beginn des neuen. Zahlreiche Gratulanten waren gekommen, nicht nur aus der Landtagsfraktion und ihrem Umfeld, auch aus der Stadt Erfurt, denn beide sind im Ehrenamt Stadträte.

Der PDS bzw. LINKEN im Landtag sind sie ebenfalls bereits langjährig beruflich verbunden. André Blechschmidt seit 26 Jahren, Abgeordneter seit 2004. Dr. Barbara Glaß hat als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Jahr 2000 ihre Tätigkeit vor allem im umweltpolitischen Bereich begonnen. Foto: Peter Lahn